

Deckblatt
zum Einzelplan 09

Seite des Reg.- Entwurfs Nachtrag 2021	Entwurf Ansätze in 1.000 €	Beschlüsse des 8. Ausschusses Ansätze in 1.000 €	Ansatz mehr(+) weniger(-) in 1.000 €	Begründung/ Bemerkung
1	2	3	4	5
neu		<p><u>Kapitel 0910</u> Sonstige Bewilligungen</p> <p><u>Titel 683 03 – 680</u></p> <p><u>Bisherige Zweckbestimmung:</u></p> <p>Förderung der digitalen Transformation des Verlagswesens zur Förderung des Absatzes und der Verbreitung von Abonnementzeitungen, -zeitschriften und Anzeigenblättern</p> <p><u>Neue Zweckbestimmung:</u> Förderung der physischen Zustellung von Abonnementzeitungen, -zeitschriften und Anzeigenblättern mit redaktionellem Anteil von mindestens 30 % wegen pandemiebedingtem Rückgang der Anzeigenerlöse</p>		<p>Eine unabhängige und vielfältige journalistische Berichterstattung ist essentiell für den demokratischen Willensbildungsprozess auf nationaler, regionaler und lokaler Ebene. Printmedien haben auch im digitalen Zeitalter eine besondere Bedeutung. Die individuelle Zustellung der Abonnementzeitungen, -zeitschriften und Anzeigenblätter verursacht hohe Kosten. Durch die wirtschaftlichen Einbußen infolge der Corona- Pandemie sind aber die Anzeigenerlöse bei den Verlagen eingebrochen. Die Förderung dient dem Ziel, trotz des Rückgangs der Anzeigenerlöse die physische Zustellung an die Leserinnen und Leser weiterhin aufrecht erhalten zu können.</p>
		<p>Bisheriges Soll 180 000</p> <p>Es treten hinzu +20 000</p>	(+20 000)	1

Neues Soll 200 000

Bisherige VE 20 000

Es treten hinzu -20 000

Neue Verpflichtungsermächtigung -

(-20 000)

Haushaltsvermerk

1. Die Ausgaben sind übertragbar.

2. Die Erläuterungen sind verbindlich.

Verbindliche Erläuterungen

Die Förderung erfolgt gem. VV zu § 44 BHO und §§ 48 bis 49a VwVfG und unter Einhaltung der jeweils gültigen Fassung der Bundesregelung Kleinbeihilfen 2020 (aktuelle Fassung: BAnz AT 1.3.2021 B1) nach folgenden Maßgaben:

Antragsberechtigt sind Verlage, die Abonnementzeitungen, -zeitschriften (Publikums- und Fachzeitschriften ohne Mitglieder- und Kundenzeitschriften) und Anzeigenblätter mit einem redaktionellen Anteil von mindestens 30 Prozent physisch an Endnutzer in Deutschland zustellen.

Ausgeschlossen sind private Unternehmen, an denen der Bund nach § 65 BHO beteiligt ist.

Der Verlag muss eine Betriebsstätte oder Niederlassung in Deutschland haben.

Der erforderliche redaktionelle Anteil von über 30 Prozent bei Anzeigenblättern ist

vom Zuwendungsempfänger schriftlich zu erklären.

Der Antragsteller muss substantiiert nachweisen, dass seine zwischen dem 1.3.2020 und 28.2.2021 in Deutschland erzielten Anzeigenerlöse im Vergleich zum Vorjahreszeitraum zurückgegangen sind.

Der nicht rückzahlbare Zuschuss pro Verlag errechnet sich aus der physisch an Endnutzer zugestellten Auflage des Jahres 2019 multipliziert mit dem Wert pro zugestelltem Exemplar, der für die jeweilige Mediengattung aufgrund der unterschiedlichen durchschnittlichen Kosten der Zustellung wie folgt festgelegt wird:

- Abonnementzeitungen: 0,033 Euro
- Abonnementzeitschriften: 0,036 Euro
- Anzeigenblätter: 0,013 Euro.

Der Verlag weist seine im Jahr 2019 physisch zugestellte Auflage auf der Basis der Daten der IVW, der ADA oder durch einen Wirtschaftsprüfer nach.

Anträge sind von den Verlagen bis zum 30.9.2021 zu stellen.

Übersteigen die beantragten Zuschüsse die zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel, erfolgt die Bewilligung anhand der zeitlichen Reihenfolge des Antragseingangs.

Der maximale Förderbetrag beträgt gemäß der aktuell geltenden Bundesregelung Kleinbeihilfen 2020 auf Basis des Befristeten Rahmens 1,8 Mio. Euro pro

	<p>Unternehmen. Es gilt der beihilferechtliche Unternehmensbegriff.</p> <p>Aus dem Ansatz können auch Ausgaben für die Projektadministration, Fachtagungen und Fachinformationen, Evaluationen sowie für Studien, Gutachten und Sachverständige geleistet werden.</p>		
--	---	--	--

Berlin, 9. April 2021

zur Information

EILT

Herrn Minister
a.d.D.

Betr.:

**Kurzfristige Änderung des Haushaltstitels zur
„Förderung der digitalen Transformation des Ver-
lagswesens“
zugunsten einer reinen „coronabedingten Zu-
stellförderung“**

Die Staatssekretärinnen und die Staatssekretäre
haben Abdruck erhalten.

Vom Leitungsbereich auszufüllen

TGB-Nr.	S-210409-034
Eingang Leitung	12.04.2021
eDW-M- Nr.:	2021.04.09/00048

Abzeichnungsliste

PSt z. K.	i.A. für 13/04
St	12/14
AL	Stefan Schnorr, VI 12.04.21
UAL	Brö, VIA; 09.04.21

Referatsinformationen

Referats- leiter/in	MR Dr. Jungbluth (-7290) i.V. GCF, VIA3 09.04.21
Bearbei- ter/in	RD'in Förster (-6458)
Mitzeich- nung	EB3 (Z-HA wurde betei- ligt)
Referat und AZ	VIA3 - 60209-005#005

Anlage: Hausabgestimmter Entwurf eines geänderten Deckblatts für den Haushaltstitel

I. Kernsätze

- Die geplanten (und in den Grundzügen bereits mit den Berichterstattem und BMF geeinten) Änderungen des Haushaltstitels zur Förderung des Verlagswesens sehen eine **Umstellung** der im Juli 2020 beschlossenen „Förderung der digitalen Transformation des Verlagswesens“ auf eine **reine „coronabedingte Zustellförderung“** vor.
- Die Änderungen tragen sowohl den **Anliegen der Branche** (zeitnahe Mittelauskehr ohne aufwendige Investitionsplanungen und Einsatz von Eigenmitteln) als auch **etwaigen verfassungsrechtlichen Bedenken** weitgehend Rechnung (wesentliche Festlegungen zur sensiblen Presseförderung erfolgen durch den Gesetzgeber und nicht die Exekutive).
- Die Umstellung bietet eine **unkomplizierte, aber auch beihilferechtlich saubere Lösung** (Bundesregelung Kleinbeihilfen 2020).
- Die Änderungen sollen kurzfristig im **laufenden parlamentarischen Verfahren zum Nachtragshaushaltsgesetz 2021** vorgenommen werden.

II. Sachverhalt und Stellungnahme

Wir haben die betroffenen Verbände (BDZV, VDZ, BVDA und VDL) Anfang März über den **Stand zur Umsetzung des Förderprogramms** informiert. Nach den Rückmeldungen **entspricht die geplante Förderung nicht den Erwartungen der Branche:**

- Es sei **zeitlich nicht möglich, bis Ende 2021** die entsprechenden Förderanträge zu stellen und die zu fördernden Maßnahmen vollständig abzuschließen; die Umsetzung der Maßnahmen dauere länger. Nach dem Bundeshaushalt steht uns ein **Großteil der Mittel (180 Mio. € Barmittel) allerdings nur für das Jahr 2021** zur Verfügung; für das Jahr 2022 gibt es nur Verpflichtungsermächtigungen iHv 20 Mio. €. Die von Ihnen erbetene Prüfung, die Gelder bereits in 2020 als „Vor-schuss“ auszuzahlen, stößt auf erhebliche haushaltsrechtliche Probleme.
- Zudem sind einige Verlage (insb. Anzeigenblätter, denen durch die Corona-Krise das Anzeigengeschäft weggebrochen ist, sowie kleinere Verlage) nicht in der Lage, im Jahr 2021 den **erforderlichen Eigenanteil von 55 %** zu finanzieren. Nach dem Entwurf der Förderrichtlinie können aus beihilferechtlichen Gründen nur bis zu 45 % der Investitionskosten erstattet werden.

Die Verlage schlagen daher eine **grundlegende Umgestaltung der Förderung** vor und (so insb. der BVDA für die Anzeigenblätter) im Idealfall eine **reine (coronabe-dingte) Zustellförderung, unabhängig von etwaigen Digitalisierungsmaßnahmen.** Diese solle möglichst im **laufenden parlamentarischen Verfahren zum Nachtrags-haushaltsgesetz 2021** erfolgen.

Darüber hinaus gibt es **mögliche verfassungsrechtliche Fragen**. So haben ein Jour-nalist und [REDACTED] als Rechtsvertreter der [REDACTED] [REDACTED] [REDACTED] → S. Anlage in einem an Sie gerichteten Schreiben vom 29.3. unter Verweis auf ein Urteil des OVG Berlin aus dem Jahr 1975) **unter Androhung gerichtlicher Schritte** kritisiert, dass unser bisheriges Programm im **sensiblen Bereich der Presseförderung** nur auf einem Beschluss des Haushaltsausschusses, nicht aber auf einem **eigenen parlamen-tarischen „Fördergesetz“** beruhe. **Wesentliche Entscheidungen** würden damit von der **Exekutive** (BMW i im Rahmen der Förderrichtlinie und BAFA im Rahmen der ge-planten Administrierung) getroffen, was verfassungswidrig sei.

AL VI hat letzte Woche mit den zuständigen **Berichterstatlern der Koalitionsfraktionen im BT-Haushaltsausschuss** (MdB [REDACTED] und MdB [REDACTED] – ebenso wie mit **BMF** auf AL-Ebene (A-Seite unterstützt die Verlagsförderung) – eine **mögliche Änderung des Titels zur Verlagsförderung im Rahmen des Nachtragshaushalts** vorbesprochen. Damit würde die im Juli 2020 beschlossene „Förderung der digitalen Transformation des Verlagswesens“ auf eine reine „**coronabedingte Zustellförderung**“ umgestellt werden.

Die geplanten Änderungen des Haushaltstitels tragen sowohl den **Anliegen der Branche** (zeitnahe Mittelauskehr ohne aufwendige Investitionsplanungen und Einsatz von Eigenmitteln) als auch **etwaigen verfassungsrechtlichen Bedenken** weitgehend Rechnung. Wesentliche Festlegungen zur Förderung werden nun im Nachtragshaushalt getroffen; das dürfte (da das Gesetz ebenfalls vom Parlament beschlossen wird) genügen, auch wenn es sich nicht um ein gesonderten Fördergesetz handelt.

Allerdings werden reinen Digitalpublisher auch diese Zustellförderung als **ungerechtfertigte Ungleichbehandlung** betrachten, da weiterhin nur physisch zugestellte Printmedien erfasst werden. Die geplanten Änderungen sind jedoch der einzigste Weg, um die **politisch gewünschte Verlagsförderung noch in dieser Legislatur zu ermöglichen**.

Sowohl den beiden Berichterstattern als auch BMF wurde der hausabgestimmte **Entwurf eines Deckblatts** zur Änderung des Haushaltstitels übersandt (vgl. Anlage), damit bereits Anfang der kommenden Woche ^(= diese Woche) in den Fraktionsgremien darüber beraten werden kann. BKM ist ebenfalls eingebunden und einverstanden.

Die Umstellung auf eine **reine Zustellförderung** stellt eine (auch für das **BAFA** als administrierende Stelle) **unkomplizierte, aber auch beihilferechtlich saubere Lösung** dar: So soll die **coronabedingte Zustellförderung** nunmehr auf die auf dem überarbeiteten **Befristeten Rahmen für staatliche Beihilfen** der EU-KOM (Temporary Framework) beruhende **Bundesregelung Kleinbeihilfen 2020** gestützt werden: Dieser Rahmen sieht eine beihilferechtliche Obergrenze für Kleinbeihilfen von 1,8 Mio. € vor und gilt nach aktuellem Stand **bis zum 31.12.21**. Die Zustellförderung im Rahmen der Corona-Kleinbeihilfenregelung bedarf keiner beihilferechtlichen Notifizierung.

Allerdings müssen **alle anderen unter die Kleinbeihilfenregelung fallenden Beihilfen** (u.a. Überbrückungshilfe I, ggf. auch II und III, KfW-Schnellkredit, ggf. Zuschussprogramme der Länder) **finanziell angerechnet werden**.

Zum wesentlichen Inhalt der geplanten Änderungen:

Ziel der Förderung ist trotz des Rückgangs der Anzeigenerlöse die **Aufrechterhaltung der physischen Zustellung der Printmedien** an die Leserinnen und Leser.

Adressaten der Regelung sind (wie bisher) die Verlage, die **Abonnementzeitungen, -zeitschriften** (Publikums- und Fachzeitschriften ohne Mitglieder- und Kundenzeitschriften) und **Anzeigenblätter** mit einem redaktionellen Anteil von mindestens 30 Prozent physisch in Deutschland an Endnutzer zustellen.

Die Verlage müssen mit Blick auf die Corona-Beihilfenregelung substantiiert nachweisen, dass ihre zwischen dem 1.3.2020 und 28.2.2021 in Deutschland erzielten **Anzeigenerlöse im Vergleich zum Vorjahreszeitraum zurückgegangen** sind; hierfür wird kein Prozentsatz vorgesehen, so dass **jedweder Rückgang** erfasst wird.

Für 2021 sollen nunmehr die **gesamten Haushaltsmittel iHv 200 Mio. €** zur Verfügung stehen (bislang 180 Mio. € Barmittel für 2021 und weitere 20 Mio. € für 2022 als Verpflichtungsermächtigungen). Die **Antragsfrist der Verlage soll bis zum 30.9.21 laufen**, um eine **vollständige Mittelauskehr in diesem Haushaltsjahr sicherzustellen**.

Der **nicht rückzahlbare Zuschuss** pro Verlag errechnet sich aus der physisch an Endnutzer **zugestellten Auflage des Jahres 2019** (Nachweis erforderlich) multipliziert mit dem Wert pro zugestelltem Exemplar, der für die jeweilige Mediengattung aufgrund der unterschiedlichen durchschnittlichen Kosten der Zustellung folgendermaßen festgelegt wird: Abonnementzeitungen: 0,033 €; Abonnementzeitschriften: 0,036 € und Anzeigenblätter: 0,013 €. Der jeweilige **maximale Förderbetrag** beträgt gemäß der aktuell geltenden Bundesregelung Kleinbeihilfen 2020 auf Basis des Befristeten Rahmens **1,8 Mio. € pro Unternehmen (s.o.)**.

Zum weiteren Verfahren:

Sobald die Änderungen im Haushaltsausschuss mit den beiden Koalitionsfraktionen konsentiert sind, wird AL VI die **betroffenen Verbände informieren**. Die Beratungen des Nachtragshaushaltsgesetzes im BT sehen folgenden Zeitplan vor: 1. Lesung am 15.4., **Abschluss im Haushaltsausschuss am 21.4. und 2./3. Lesung am 23.4.**